

zogen. Dafür zu danken, ist mir ein von Herzen kommendes Bedürfnis. Mein besonderer Dank gilt den Damen und Herren Privatdozent Dr. Norbert Andel, Dr. Robert Fecht, Dipl.-Volkswirt Renate Kersten, Dipl.-Volkswirt Karl Kreßmann und Dr. Helga Pollak sowie meiner unermüdlichen, auch bei der Anfertigung dritter Fassungen nicht ihre Fassung verlierenden Sekretärin Frau Jutta Weißflog. Alle Genannten sowie Dipl.-Volkswirt Roswitha Diehl und Dipl.-Kaufmann Gerhard Spuck haben mir überdies sei es bei der Durchsicht der Druckfahnen, sei es bei der Anfertigung der Register wertvolle Hilfe geleistet. Schließlich möchte ich meiner Freude darüber Ausdruck verleihen, daß auch mein neues Buch im Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) erscheinen kann, dessen Inhaber, Herrn Dr. h. c. Georg Siebeck, ich mich auf Grund jahrzehntelanger Zusammenarbeit freundschaftlich verbunden fühle.

Ich beschließe dieses Vorwort mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß meine Arbeit nicht nur von theoretisch interessierten Fachgenossen, sondern auch von einigen zur Gestaltung der praktischen Steuerpolitik Berufenen kritisch gelesen werden und ich aus ihren Einwänden und Änderungsvorschlägen Anregungen zu Verbesserungen empfangen möge.

Frankfurt/M., im November 1969

Fritz Neumark

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG

<i>I. Vorbemerkungen</i>	1
1. Anlaß der vorliegenden Untersuchung	1
2. Wesen und Zweck von Steuerprinzipien	3
3. Die Bedeutung klassischer und neoklassischer Besteuerungsregeln und Möglichkeiten eines interessenpolitischen Mißbrauchs	3
4. Systematisch-kritische Darstellung der modernen Besteuerungsgrundsätze als Kern der Untersuchung	4
5. Grundsätze der Steuerpolitik als Grundsätze der Finanzpolitik	5
6. Wechselseitige Zusammenhänge zwischen Veränderungen im Steuerwesen und Wandlungen der steuerpolitischen Postulate	6
a) Entwicklung der Steuer zum wichtigsten Finanzierungsinstrument des Staatshaushalts	6
b) Mitwirkung der Steuerpflichtigen an der Steuergesetzgebung.	7
c) Wandlungen von Zwecken und Funktionen der Besteuerung.	8
d) Verwaltungstechnische Verbesserungen	8
e) Veränderungen in der Struktur der Steuersysteme	9
f) Verstärkung der Konjunktur- und Wachstumsreagibilität der Steuern als Folge der vorerwähnten Veränderungen	10
g) Zunehmende Zentralisierung der Besteuerung	10
7. Umgestaltungen der für steuerpolitische Prinzipien bedeutsamen Ideale	12
a) Das wirtschaftspolitische Ideal des Interventionsstaates	12
b) Vom „laissez faire“-Ideal zur Stabilitäts- und Wachstumszielsetzung.	12
c) Wandlungen der fiskalpolitischen Gerechtigkeitsvorstellungen	13
d) Die Entwicklung der sozialpolitischen Zielsetzung	14
<i>II. Vom Wesen der Besteuerungsgrundsätze</i>	15
1. Besteuerungsgrundsätze als Normen mit theoretischer oder praktischer Zielsetzung	15
2. Theoretische Ableitung von Besteuerungsprinzipien aus Wesen und Funktionen der Besteuerung	17
3. Zwecke und Funktionen der Besteuerung unter den Bedingungen hochentwickelter Volkswirtschaften westlich-demokratischen Typs.	17
a) Die finanzpolitische (budgetäre) Funktion	19
b) Die wirtschaftspolitische Funktion	19
c) Die sozialpolitische Funktion	19
d) Die Bedingung der Wirtschaftlichkeit des Besteuerungsprozesses	20

4. Widersprüche zwischen den Zielsetzungen verschiedener Besteuerungsprinzipien	21
5. Problematik einer Hierarchie von Gruppen von Besteuerungsprinzipien	23
6. Der Allgemeinheitsgrad von Besteuerungsgrundsätzen	27
7. Unterschiedliche Rationalitätsgrade konkreter Steuersysteme	28

III. „Alte“ und „neue“ Besteuerungsprinzipien 28

1. Die Problematik einer Klassifikation der Besteuerungsgrundsätze . . .	28
2. „Alte“ Postulate, die in den folgenden Untersuchungen ausgeschlossen werden	28
a) Der Grundsatz der Mäßigkeit	28
b) Der Grundsatz der Verteilungsneutralität der Besteuerung	33
c) Der Grundsatz der Steuerertragsstetigkeit (Krisenfestigkeit)	35
d) Der Grundsatz der Unmerklichkeit	37
e) Das Prinzip der Rechtmäßigkeit oder Gesetzmäßigkeit der Steuer. .	41
f) Das Äquivalenzprinzip als Steuerverteilungsgrundlage	42
3. Versuch einer systematischen Klassifikation der heute maßgebenden Besteuerungsgrundsätze	44

GRUNDSÄTZE GERECHTER UND ÖKONOMISCH RATIONALER STEUERPOLITIK

I. Fiskalisch-budgetäre Besteuerungsgrundsätze 47

§ 1. Der Grundsatz der Ausreichendheit der Steuererträge. 47

1. Die Berechtigung fiskalisch-budgetärer Postulate	47
2. Fragen des Anwendungsbereichs	48
a) Die Beziehungen zwischen Steuererträgen und öffentlichen Ausgaben	48
b) Die zeitliche Dimension	50
c) Der Geltungsbereich des Prinzips in bezug auf die politischen Ebenen	52
3. Definition des Ausreichendheitsgrundsatzes	53
4. Praktische Bedeutung	53

§ 2. Der Grundsatz der deckungspolitischen Anpassungsfähigkeit (Steigerungsfähigkeit) der Besteuerung 54

1. Wagners Grundsatz der „Beweglichkeit“	54
2. Abgrenzung des Grundsatzes der Steigerungsfähigkeit gegenüber dem Ausreichendheitsgrundsatz einerseits, den Grundsätzen der aktiven und passiven Flexibilität andererseits	55
3. Definition des Grundsatzes der Anpassungsfähigkeit	59
4. Anpassungsmaßnahmen im Interesse steuerlicher Kriegskostenfinanzierung	60
5. Methoden einer Steuerertragssteigerung in anderen Situationen	62
6. Beurteilung der Steuersysteme entwickelter Volkswirtschaften im Lichte des Grundsatzes und die Rücknahmemöglichkeit von Maßnahmen zur Steuerertragssteigerung als Gesichtspunkt bei der Wahl zwischen Alternativen	66

<i>II. Ethisch-sozialpolitische Besteuerungsgrundsätze</i>	67
<i>A. Gerechtigkeitspostulate</i>	67
<i>Vorbemerkungen</i>	67
1. Zur Entwicklung von Gerechtigkeitsgrundsätzen	67
2. Die angemessene interindividuelle Steuerlastverteilung als Ziel der Gerechtigkeitspostulate	67
3. Die Postulate der Allgemeinheit, Gleichmäßigkeit und Verhältnismäßigkeit als Teilprinzipien des Gerechtigkeitsgrundsatzes	69
4. Beziehungen zwischen den Teilprinzipien	69
5. Juristisch-soziologische Aspekte	70
§ 3. Der Grundsatz der Allgemeinheit der Besteuerung	74
1. Für die Untersuchung notwendige Unterscheidungen	74
2. Definition des Allgemeinheitsprinzips	75
3. Spezielle und generelle Abgaben	75
4. Fehlallokationswirkungen spezieller Steuern	76
5. Praktische Bedeutung des Prinzips	78
6. Scheinbare Verstöße gegen das Allgemeinheitsprinzip	80
a) Einkommensteuerliches Existenzminimum und partielle Verbrauchsteuererstattungen	81
b) Beurteilung finanzpolitisch oder finanztechnisch motivierter Freibeträge	83
7. Wirtschaftliche statt rechtlicher Staatszugehörigkeit als Entstehungsgrund subjektiver Steuerpflicht	86
8. Verstöße durch Befreiungen von der objektiven und/oder der subjektiven Steuerpflicht	87
9. Ausnahmen von der objektiven und subjektiven Steuerpflicht im deutschen Steuerwesen	89
§ 4. Der Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung	90
1. Abgrenzung der Gleichmäßigkeit gegenüber Allgemeinheit und Verhältnismäßigkeit der Besteuerung	90
2. Nichtwirtschaftliche Motive für gewollte Verstöße gegen das Gleichmäßigkeitspostulat	92
a) Sozialethische Motive	92
b) Populationistische Ziele	93
c) Religiöse und „rassepolitische“ Motive	93
3. Verstöße durch Ausnahmen von der objektiven Steuerpflicht	94
4. Versteckte Verstöße	99
a) Faktische Ungleichbehandlung durch Einzelgesetze: Quellenabzugsverfahren, Gestaltungsfreiheiten, Hinterziehungsmöglichkeiten	100
b) Verstöße durch Pauschalierungen	104
c) Formale Verstöße, die angeblich zur materiellen Gleichbehandlung und/oder Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit notwendig sind	110
d) Aus steuertechnischen Gründen unvermeidliche Verstöße	111

5. Beurteilung von Sonderbestimmungen für beschränkt Steuerpflichtige	112
6. Verstöße bei der Behandlung von „imputed income“	112
7. Probleme der Ehegattenbesteuerung	113
8. Das Gleichmäßigkeitspostulat unter dem Gesichtswinkel der fiskalischen Gesamtbelastung durch alle politischen Ebenen	116
a) Örtlich unterschiedliche Gesamtbelastung in einem Staat mit zwei oder drei steuerlich selbständigen Ebenen	116
b) Unterschiede der Belastung in den Mitgliedstaaten einer Wirtschaftsgemeinschaft	119
9. Definition des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes	120
10. „Inter-generation-equity“?	120
§ 5. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz oder das Prinzip der Besteuerung nach der persönlich-individuellen Leistungsfähigkeit	121
1. Verschiedene Auffassungen des Leistungsfähigkeitsgrundsatzes	121
2. Ablehnung des Äquivalenzprinzips und Verzicht auf opfertheoretische Begründungen	122
3. Einwände gegen die Anwendung des Leistungsfähigkeitspostulats	123
4. Steuerfähigkeit als Voraussetzung für fiskalische Inanspruchnahme.	125
5. Das Leistungsfähigkeitspostulat und die Abgrenzung seines Geltungsbereichs	126
a) Geltung für das Gesamtsteuersystem oder für Einzelsteuern?	127
b) Geltung für eine oder die Gesamtheit aller politischen Ebenen?	130
c) Bedeutung für die Besteuerung juristischer Personen.	131
d) Keine Beschränkung auf persönlich-individuelle Steuern	134
6. Definition des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	135
7. Indikatoren der individuellen steuerlichen Leistungsfähigkeit	135
a) Einkommen	135
b) Vermögen	137
c) Konsumausgaben	139
(1) Gesamtkonsum	139
(2) Ausgewählte Konsumausgabenkategorien	140
8. Beurteilung der in konkreten Steuersystemen enthaltenen Abgaben vom Standpunkt des Leistungsfähigkeitsgrundsatzes	143
a) Einkommensteuer und allgemeine Vermögensteuern	143
b) Erbschaftsteuern	143
c) allgemeine Verbrauchsteuern	144
d) Ertragsteuern	146
e) Verkehrsteuern	147
9. Die Verwirklichung des Leistungsfähigkeitspostulats in den modernen Personalsteuern	147
a) Einkommensteuer	147
(1) Berücksichtigung des Familienstandes	147
(a) Vorhandensein von Kindern	148
(b) Sonstige Belastungen durch nahestehende Personen.	149
(c) Das Problem der Ehegatten- bzw. Familienbesteuerung	150
(2) Berücksichtigung des Alters	155
(3) „Außergewöhnliche Belastungen“	156

(4) Differenzierung der Belastung nach Einkunftsarten	
(5) Probleme der Berücksichtigung von Betriebsausgaben und Werbungskosten.	159
(6) Abzug verschiedener Einkommensverwendungen als „Sonderausgaben“	163
(7) Ist-Besteuerung statt Soll-Besteuerung	165
b) Allgemeine Vermögensteuer	166
(1) Persönliche Freibeträge	166
(2) Abzug von Schulden	167
(3) Keine Differenzierung nach ertragbringendem und ertraglosem Vermögen	168
c) Persönliche allgemeine Ausgabensteuern	168
d) Erbschaftsteuern	170
10. Die Steuerprogression	173
a) Progression der Gesamtsteuerlast oder von Einzelsteuern?	174
b) Rechtfertigungsgründe für die Progression	174
c) Die Begründung des Progressionsprinzips aus dem Leistungsfähigkeitsgrundsatz	176
d) Steuern, die sich für eine progressive Ausgestaltung eignen	179
11. Progressionstarif und „heimliche Steuererhöhung“	181
a) Wirkungen des allgemeinen Wirtschaftswachstums	181
b) Abweichungen des nominellen vom realen Wachstum (Inflationsproblem)	182
12. Folgerungen für die reale Steuerpolitik	184
<i>B. Das Redistributionspostulat</i>	186
<i>Vorbemerkungen</i>	186
§ 6. Der Grundsatz der steuerlichen Umverteilung von Einkommen und Vermögen	186
1. Das Redistributionspostulat bei Wagner	186
2. Keine Gleichsetzung von Redistribution und Progression	187
3. Redistribution als ethische Forderung	187
4. Sachliche Reichweite des Postulats	189
a) Umverteilung von Einkommen und/oder Vermögen?	189
b) Beschränkung der Ausführungen auf steuerliche Redistributionsmaßnahmen	190
c) Beschränkung auf die Umverteilungswirkung, die sich unmittelbar als Entzugseffekt der Besteuerung ergibt	190
d) Ausschluß von Finanzausgleichs- und verwandten Problemen . . .	191
5. Wesen der Umverteilungspolitik	192
a) Das Ziel der Veränderung der personellen Einkommensverteilung	192
b) Redistributionspolitik als fortlaufender Prozeß	192
c) Zieltransparenz und Ausschluß von Umgehungsmöglichkeiten bei steuerlichen Umverteilungsmaßnahmen	193
d) Der Umverteilung entgegengerichtete Wirkungen durch Inflation und öffentliche Kreditnahme	193
6. Definition des Umverteilungsprinzips	195
7. Die Annahme faktischer Realisierbarkeit als Voraussetzung des Postulats und das Problem der Messung von Redistributionseffekten. . . .	195

8. Voraussetzungen einer Umverteilungspolitik	197
a) Funktionale Beziehungen zwischen Einkommens- und Vermögensverteilung	197
b) Beziehungen zwischen steuerlichem Umverteilungsziel und bestehendem Konzentrationsgrad bei Einkommen und/oder Vermögen	199
c) Sicherung des Existenzminimums oder generelle Verringerung der Einkommens- und Vermögensunterschiede?	201
d) Wirtschaftsordnungspolitische Grenzen steuerlicher Umverteilungspolitik	202
(1) „Anti-incentives“ durch hohe Einkommensteuer	203
(2) „Anti-incentives“ durch hohe Vermögensbesteuerung	204
(3) „Anti-incentives“ durch die Erbschaftsteuer	205
e) Allgemeine Probleme einer übermäßigen Progression	206
9. Folgerungen für eine effiziente steuerliche Redistributionspolitik	208
a) Negativ orientierte Maßnahmen	208
(1) Verringerung von Verkehrsteuern und Spezialakzisen, Umsatzsteuerbefreiung der Necessaria und Änderung der Sozialversicherungsfinanzierung	208
(2) Abbau faktisch konzentrationsfördernder Vorschriften	208
b) Positiv orientierte Maßnahmen	209
(1) Maßnahmen im Rahmen der Einkommensteuer („negative Steuern“, Progression, Abschwächung des Splitting, Berücksichtigung von Ausbildungskosten)	209
(2) Möglichkeiten im Rahmen der laufenden Vermögensbesteuerung	212
(3) Ausbau der Erbschaftbesteuerung	213
10. Die Effizienz der bisherigen steuerlichen Redistributionspolitik in mehreren Ländern	216
<i>III. Wirtschaftspolitische Besteuerungsgrundsätze</i>	<i>222</i>
<i>A. Wirtschaftsordnungspolitische Prinzipien</i>	<i>222</i>
<i>Vorbemerkungen</i>	<i>222</i>
1. Wirtschaftsordnungspolitische Überlegungen in der Steuerpolitik als Bestimmungsgrund von Steuergrundsätzen	222
2. Die interventionistische Wirtschaftsordnung als Grundlage	222
§ 7. Der Grundsatz der Vermeidung steuerdirigistischer Maßnahmen	223
1. Ablehnung des Steuerdirigismus für die interventionistische Wirtschaftsordnung	223
2. Abgrenzung des Steuerdirigismus gegenüber dem Steuerinterventionismus	224
3. Steuerdirigismus und Allgemeinheitsprinzip	225
4. Steuerdirigistische Diskriminierungen als gleichzeitige Begünstigungen und Benachteiligungen	227
5. Der Einfluß von Interessentengruppen als Hauptursache steuerdirigistischer Vorschriften	228
6. Steuerdirigistische Maßnahmen oder offene Subventionen?	230
7. Definition des Antidirigismusprinzips	232

8. Wesen und Problematik ausgewählter steuerdirigistischer Maßnahmen	232
a) Fiskaldirigistische Förderung eines bestimmten Wirtschaftszweiges .	233
(1) Landwirtschaft	233
(2) Verkehrswesen	235
b) Maßnahmen zur Erhaltung oder Förderung bestimmter Wirtschafts- oder Betriebsgruppen: das Beispiel der „Mittelstandspolitik“	239
(1) im Rahmen der Gewinnbesteuerung	239
(2) im Rahmen von „indirekten“ Steuern	241
(3) Steuerliche Diskriminierungen von Großunternehmen	243
c) Zahlungsbilanz- und währungspolitisch motivierte Steuermaßnahmen	244
(1) Kuponsteuer	244
(2) „Interest Equalization Tax“	245
(3) „Selective Employment Tax“	246
(4) Kombinierte Ausfuhrbesteuerung und Einfuhrsubventionierung („Quasi-Aufwertung“)	248
9. Abschließende Beurteilung des Fiskaldirigismus	249
§ 8. Der Grundsatz der Minimierung steuerlicher Eingriffe in die Privatsphäre und in die wirtschaftliche Disposi- tionsfreiheit von Individuen	249
1. Die „freiheitliche Zielsetzung“ bei Haller	249
2. Abhängigkeit des Freiheitlichkeitspostulats von der Wirtschaftsordnung	250
3. Die Besteuerung im Widerstreit zwischen Erfordernissen der Steuerge- rechtigkeit und dem Schutzanspruch der Privatsphäre	252
4. Zwangsläufige und vermeidbare Einschränkungen der wirtschaftlichen Dispositionsfreiheit von Individuen	254
5. Definition des Freiheitlichkeitspostulats	256
6. Die Achtung der Privatsphäre in der heutigen Steuerpraxis	256
7. Vermeidbare Beeinträchtigungen der ökonomischen Dispositionsfreiheit in der steuerlichen Praxis	259
a) durch Einzelverbrauchsteuern	259
b) durch einengende Vorschriften über Abschreibung und Bewertung .	260
§ 9. Der Grundsatz der Vermeidung ungewollter Folgen steuerlicher Beeinträchtigungen des Wettbewerbs.	261
1. Besteuerungsneutralität, richtig interpretiert	261
2. Verschiedene Anwendungsfälle des Wettbewerbsprinzips	264
3. Vermeidung des Begriffs „Wettbewerbsverzerrungen“	264
4. Definition des Grundsatzes fiskalischer Wettbewerbsneutralität	265
5. Mögliche Verstöße gegen die innere fiskalische Wettbewerbsneutralität in der praktischen Steuerpolitik	266
a) Einzelverbrauch- und Verkehrsteuern	266
b) Allgemeine Umsatzbesteuerung	266
c) Ertragsteuern	268
d) Vermögensteuer	268
e) Einkommensteuer und Körperschaftsteuer	270
6. Verstöße gegen die lokale bzw. regionale Wettbewerbsneutralität	273
7. Das Problem der äußeren Wettbewerbsneutralität	275
a) Der Ansatz von Dosser	276

b) Steuerharmonisierung als notwendige Bedingung für eine gemeinsame Stabilisierungs- und Wachstumspolitik in einer Wirtschaftsgemeinschaft	276
c) Regeln für die Steuerzuordnung im internationalen Bereich und mögliche Lösungen im Gemeinsamen Markt	277
d) Harmonisierung der Umsatzbesteuerung	278
e) Harmonisierung von Einzelverbrauchs-, Produktionsmittel-, Beförderung- und Kapitalverkehrsteuern	279
f) Harmonisierung der „direkten“ Steuern	279
<i>B. Prozeßpolitische Prinzipien</i>	282
<i>Vorbemerkungen</i>	282
1. Abgrenzung der Begriffe Ordnungspolitik, Prozeßpolitik, Strukturpolitik.	282
2. Stabilisierungspolitik und Wachstumspolitik	283
§ 10. Der Grundsatz der aktiven Flexibilität der Besteuerung	283
1. Abgrenzung gegenüber dem Grundsatz der Anpassungsfähigkeit und dem der passiven Flexibilität	283
2. Gründe für eine Kombination von aktiver und passiver Flexibilität	284
3. Definition des Postulats aktiver Flexibilität	285
4. Notwendigkeit der Ergänzung antizyklischer Steuerpolitik durch eine entsprechende Ausgaben- und Kreditpolitik	285
5. Die Wahl geeigneter Steuern	286
6. Schnellere Reaktionen durch Vereinfachung der Beschlußfassung über diskretionäre Maßnahmen	288
7. Nicht-lineare Steuerlastvariationen	291
a) Nicht-lineare Tarifänderungen	291
b) Andere als tarifarische Änderungen der Steuerverpflichtungen	292
8. Notwendigkeit stärkerer Anwendung der zur Verfügung stehenden Instrumente	294
§ 11. Der Grundsatz der passiven („eingebauten“) Flexibilität der Besteuerung.	295
1. Die finanzpolitische Entscheidung über die Art der Verwirklichung der eingebauten Flexibilität	295
2. Entwicklung des Grundsatzes der passiven Flexibilität	295
3. Definition des Postulats passiver Flexibilität	298
4. Steuerflexibilität und Aufkommenselastizität	299
5. Bestimmungsfaktoren der „built-in flexibility“	301
6. Die passive Flexibilität einzelner Steuerarten	302
7. Einfluß der technischen Ausgestaltung auf das Maß der eingebauten Flexibilität	306
a) Bestimmung der Bemessungsgrundlage	306
b) Zeitnähe der Steuerzahlung	308
8. Fehlende Symmetrie in Auf- und Abschwungsphasen	310

§ 12. Der Grundsatz der wachstumspolitischen Ausrichtung der Besteuerung	311
1. Wachstumszielsetzung und Fiskalpolitik	311
2. Sekundäre Bedeutung steuerlicher Maßnahmen als wachstumspolitische Instrumente	312
3. Situationen, die eine fiskalische Wachstumspolitik rechtfertigen	314
4. Problematik positiver Maßnahmen zur Wachstumsförderung	316
5. Definition des Wachstumspostulats	317
6. Mögliche Ansatzpunkte steuerlicher Wachstumsförderung	318
a) Erhöhung des Arbeitsvolumens	318
(1) Steuerpräferenzen für ausländische Arbeitskräfte	318
(2) Allgemeine Förderung der Arbeitsfähigkeit	318
(3) Anreize zur Steigerung der Arbeitswilligkeit	320
(4) Förderung der Mobilität von Arbeitskräften	321
b) Investitionsförderung	321
(1) Beziehungen zwischen Gewinnbesteuerung und Investitionsneigung und -fähigkeit	322
(2) Ermäßigung der Gewinnbesteuerung	323
(3) Spezialbestimmungen	325
c) Sparförderung	328
7. Zusammenfassung	333
<i>IV. Steuerrechtliche und steuertechnische Grundsätze</i>	334
<i>Vorbemerkungen</i>	334
§ 13. Der Grundsatz der Widerspruchslosigkeit und Systemhaftigkeit von Steuermaßnahmen	335
1. Das reale Steuersystem als politisch-sozialer Kompromiß	335
2. Die Berechtigung der Aufstellung eines besonderen Systemhaftigkeitsprinzips	335
3. Definition des Postulats der Widerspruchslosigkeit	336
4. Geltung in bezug auf die verschiedenen politischen Ebenen	336
5. Mögliche Verstöße durch Erhebung oder Nichterhebung von Steuern	337
a) Systemwidrige Lücken	337
(1) Fehlen einer laufenden Vermögensteuer	337
(2) Erbschaftsteuer ohne komplementäre Schenkungsbesteuerung	337
(3) Fehlen einer Kapitalertragsteuer in einem Ertragsteuersystem	338
(4) Ausnahme von Stillwein bei der deutschen Alkoholbesteuerung	338
(5) Fehlen einer Grundwertzuwachssteuer	338
b) Überschneidungen	339
(1) Börsenumsatzsteuer	339
(2) Spezialakzisen auf Necessaria neben einer allgemeinen Verbrauchsbesteuerung	339
(3) Erhebung von Ertragsteuern	340
(4) Erhebung von Einkommensteuern durch verschiedene Ebenen	340
6. Verstöße durch Einzelvorschriften	340
a) Freibeträge bei der alten deutschen Umsatzsteuer	341

b) Biersteuerprogression nach dem Ausstoß	341
c) Gestaltung der Schaumweinsteuer als spezifische Abgabe	341
7. Zusammenfassende Charakterisierung des Postulats	342
§ 14. Der Grundsatz der Steuertransparenz	342
1. Die beiden Aspekte des Grundsatzes	342
a) Bestimmtheit der individuellen Steuerschuldverpflichtungen	342
b) Verständlichkeit und Eindeutigkeit der Steuerrechtsnormen	343
2. Definition des Prinzips der Steuertransparenz	344
3. Grenzen des Transparenzpostulats	344
4. Verstöße gegen die Bestimmtheit in der Steuergesetzgebung	346
a) Gewährung von Vergünstigungen nur auf Antrag	346
b) Ermessensspielraum bei Kann-Vorschriften	347
c) Pauschalierungen.	349
5. Mögliche Verstöße durch Undurchsichtigkeit und Unverständlichkeit von Steuernormen	351
a) Das Problem der Steuervereinfachung	351
b) Vermeidung von Spezialregelungen.	353
c) Die Formulierung der Steuernormen	354
(1) Großbritannien	355
(2) USA	355
(3) Frankreich	356
(4) Deutschland	356
6. Beeinträchtigungen der Transparenz durch gebotene Individualisierung einerseits, das Wirken von Interessentengruppen andererseits	357
§ 15. Der Grundsatz der Praktikabilität steuerlicher Maßnahmen	357
1. Das Problem in Praxis und Literatur	357
2. Definition des Praktikabilitätsprinzips	358
3. Größere Praktikabilität „einfacher“ Steuern	358
4. Mögliche Überforderung des „typischen“ Steuerpflichtigen auch in entwickelten Volkswirtschaften	360
5. Freiwillige Mitwirkung der Steuerpflichtigen als Bedingung für die Praktikabilität gewisser Steuern.	361
6. Die Struktur der Finanzverwaltung als Faktor	362
7. Praktische Bedeutung des Grundsatzes.	363
§ 16. Der Grundsatz der Stetigkeit steuerrechtlicher Normen	364
1. Das Ziel des Stetigkeitsgrundsatzes im Verhältnis zum Grundsatz der Anpassungsfähigkeit und dem der aktiven Flexibilität	364
2. Definition des Stetigkeitspostulats	365
3. Das Interesse der Steuerpflichtigen an der Konstanz der Steuernormen.	365
4. Das Interesse der Steuerverwaltung	366
5. Das Interesse der steuerberatenden Berufe	366

6. Verstöße in der Praxis	366
a) Mißachtung der Stetigkeit bei verschiedenen Steuern	366
b) Die Steuergesetzgebung in verschiedenen Ländern	367
7. Beurteilung der deutschen Steuerrechtsänderungspraxis	368
§ 17. Der Grundsatz der Wohlfeilheit der Besteuerung	368
1. Das Wohlfeilheitsprinzip in der Literatur.	368
2. Zu berücksichtigende Kosten der Besteuerung	369
3. Subsidiärer Charakter des Prinzips	371
4. Definition des Wohlfeilheitspostulats	372
5. Bestimmungsfaktoren der Steuererhebungskosten bei der Verwaltung	372
a) Qualitative Zusammensetzung des Steuersystems	372
b) Technische Ausgestaltung der Steuern im einzelnen	373
6. Steuererhebungskosten bei den Steuerpflichtigen	375
a) Aufwendungen in Zusammenhang mit eigenen Steuerpflichtungen	375
b) Kosten der Abführung von Steuern Dritter	377
7. Subsidiäre Bedeutung des Prinzips	378
§ 18. Der Grundsatz der Bequemlichkeit der Besteuerung	378
1. Zur Entstehung des Grundsatzes	378
2. Subsidiarität des Postulats	379
3. Definition des Bequemlichkeitsprinzips	379
4. Bequemlichkeit bei der Steuerzahlung	379
5. Bequemlichkeit bei der Abgabe der Steuererklärungen	381

SCHLUSSBETRACHTUNGEN

<i>Das Problem der Zielkonflikte und das Ideal eines gerechten, ökonomisch rationalen Steuersystems</i>	382
1. Das allgemeine Problem von Zielkonflikten und einer Zielhierarchie.	382
2. Zielneutralität, Zielharmonie und Zielkonflikte als mögliche Beziehungen zwischen Besteuerungsgrundsätzen	383
3. Neutralität, Harmonie und Konflikte im Verhältnis Ziel-Mittel und Mittel-Mittel	384
4. Zielneutralität bei Besteuerungsgrundsätzen	385
5. Zielharmonie von Besteuerungsgrundsätzen	385
a) Postulate mit gleicher Zielsetzung	385
b) Postulate mit komplementären Zielsetzungen	386
6. Zielkonflikte bei Besteuerungsgrundsätzen	387
7. Die Lösbarkeit von Zielkonflikten und das Ideal eines rationalen Steuersystems	389
8. Die qualitative Zusammensetzung eines idealen Steuersystems	390
a) Elemente eines idealen Steuersystems	390
b) Akzeptable Zugeständnisse für eine Übergangszeit	391
c) Zweckadäquate Gewichtung der Elemente des idealen Systems.	392

9. Technische Ausgestaltung der Elemente des idealen Systems	395
a) Einkommensteuer	395
b) Körperschaftbesteuerung	398
c) Vermögensteuer	398
d) Erbschaftsbesteuerung	398
e) Umsatzsteuer	400
f) Kommunale Kostenbeiträge von Gewerbe und Grundbesitz	400
10. Schlußbemerkung	402
Personenregister	403
Sachregister	410